



Sanitäter

BMVG / ACTION PRESS

BUNDESWEHR

## Reform an der Spitze

Eine weitere Stufe der Bundeswehr-Reform wollen Spitzenbeamte und Militärs nach der Bundestagswahl angehen. Dabei sollen im Ministerium und bei den Teilstreitkräften überflüssige Verwaltungsstellen und Militärstäbe beseitigt werden. Das Ziel ist, Personal für Bereiche freizusetzen, in denen wegen der vielen Auslandseinsätze akuter Mangel herrscht, etwa bei Aufklärung, Fernmeldewesen und Informationstechnik. Der radikalste Diskussionsvorschlag zielt darauf, einen der beiden beamteten Staatssekretäre abzuschaffen und die Bonner Führungsstäbe von Heer, Luftwaffe und Marine mit ihren nachgeordneten „Führungskommandos“ zu verschmelzen. Die vielen Stäbe des Sanitätsdienstes gingen dabei in der sogenannten Streitkräftebasis auf, die bereits als zentraler Servicebereich der Bundeswehr fungiert. In der Abteilungsleiterkonferenz unter Vorsitz des Ministers, die alle wichtigen Entscheidungen vorbereitet, saßen dann anstelle etlicher Beamter und Generäle nur noch zwei „Hauptabteilungsleiter“: ein Spitzenbeamter für zivile Aufgaben wie Finanzen, Rüstung und Verwaltung sowie der oberste Soldat, der Generalinspekteur der Bundeswehr. Eine Gelegenheit für den Umbau bietet die Pensionierung des Staatssekretärs Peter Wichert im kommenden Jahr. Für den radikalen Schnitt, sagt ein Beteiligter, werde allerdings „ein starker Minister“ gebraucht.

DIE LINKE

## Verdeckte Maßnahmen

Die Bundesregierung hat der Fraktion der Linken bestätigt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in den vergangenen Jahren über jeden ihrer 53 Bundestagsabgeordneten in einer „Sachakte“ Informationen gesammelt hat. In 27 Fällen gingen die Informationen über die Angaben aus dem Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestags hinaus. Auch einige Mitarbeiter der Fraktion seien im Visier der Geheimdienste, unabhängig davon, ob sie Mitglied der Partei sind. Das BfV setze bei der Beobachtung zwar keine



Bundesamt für Verfassungsschutz

GUIDO OHLENBOSTEL / ACTION PRESS

„nachrichtendienstlichen Mittel“ ein, also V-Männer oder Abhörmaßnahmen, sondern bediene sich frei zugänglichen Quellen. Wenn die Abgeordneten allerdings in Kontakt stünden zu Organisationen oder Personen, die vom BfV verdeckt beobachtet werden, gerieten auch

AFGHANISTAN-EINSATZ

## Gauweiler fordert Gespräche mit Taliban

Peter Gauweiler, Bundestagsabgeordneter der CSU, drängt auf eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts: „Ohne Verhandlungen mit der Gegenseite, also auch den Taliban, wird ein Abzug auch für die Bevölkerung verheerende Konsequenzen haben.“ Der Rechtsanwalt wertet die Forderungen der Militärs nach mehr Waffen und Truppen als „Eingeständnis des bisherigen Scheiterns“. Wie Gauweiler fordern auch andere Politiker der Regierungsparteien eine Befristung des Engagements am Hindukusch. So hat Altkanzler Gerhard Schröder das Jahr 2015 als spätestes Datum für einen Abzug der deutschen Truppen gefordert – und damit Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) widersprochen, der sich nicht auf einen Termin festlegen lassen



Taliban

REUTERS

will. „Dieser Krieg muss beendet werden, wie fast alle Kriege seit 3000 Jahren: durch Aufnahme von Gesprächen“, warnt Gauweiler, andernfalls werde „der Feldzug des Westens in einer schmachvollen Kapitulation enden“.

die Linken ins Visier. Observiert würden die Abgeordneten auch von mehreren ausländischen Nachrichtendiensten: „Dies geschieht mit offenen und verdeckten Maßnahmen.“ Zuletzt hatte das Oberverwaltungsgericht Münster im Februar ein Urteil bestätigt, wonach die Beobachtung des Fraktionsvizes Bodo Ramelow zwischen 1999 und 2007 rechtswidrig gewesen sei. Nach einer Beschwerde des Verfassungsschutzes liegt der Fall jetzt beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Die Fraktionspitze der Linken wollte die Auskunft der Bundesregierung vor der Bundestagswahl nicht mehr thematisieren, weil „beim Wähler ja nur hängenbleibt, dass wir beobachtet werden“.